

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

mit unserem Frühjahrs-Newsletter möchten wir Sie über bildungspolitische Themen informieren, die im ersten Quartal 2018 im Hessischen Landtag von uns angesprochen wurden.

Im Februar-Plenum konnte der „Unterrichtsausfall an hessischen Schulen“ diskutiert werden. Kurzum: Laut der Landesregierung gibt es in Hessen keinen Unterrichtsausfall. Was nicht sein darf, findet in der Welt von Schwarz-Grün auch nicht statt. Während in einer aktuellen Abfrage auf berufliche Schulen von Seiten des Kultusministers gar nicht eingegangen wurde, beruft dieser sich auf das Programm „Verlässliche Schule“ um zu begründen, warum es insbesondere an Grundschulen keinen Unterrichtsausfall gebe. Dabei bedeutet dieses Programm doch gerade, dass dort kein Unterricht gehalten wird. Zudem reichen die 4 bis 5 Zeitstunden keineswegs aus, schon gar nicht im Ganztage.

Am 14. März fand die letzte Sitzung der Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen - Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“ statt. Nach nun fast vier Jahren haben die Fraktionen im Hessischen Landtag zum Abschluss der Enquetekommission einen gemeinsamen Bericht verabschiedet. Es ist nun wichtig, dass die Ergebnisse nicht einfach ad acta gelegt werden, sondern künftig auch umgesetzt werden. Wir sagen: Das könnte eine gute Grundlage für einen künftigen Koalitionsvertrag nach dem 28. Oktober sein.

Auch der andauernde Lehrernotstand und die Überlastung der Schulleiterinnen und Schulleiter waren wieder Themen und werden in diesem Newsletter aufgegriffen. Weiteres zu politischer Bildung, zur Weiterbildung, globalem Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung, zur leider noch zu hohen Durchfallquote von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern sowie zum Sanierungsbedarf an Schulen finden Sie auf den folgenden Seiten.

Ich darf mich an dieser Stelle für Ihr Interesse an unserer Arbeit und ebenso für die zahlreichen Rückmeldungen zu unserem letzten Newsletter bedanken.

Bei Fragen können Sie sich gerne jederzeit an uns wenden.

Mit freundlichen Grüßen



Christoph Degen, MdL



Christoph Degen, MdL
Vorsitzender des
Arbeitskreises Kultus

DIESER NEWSLETTER KANN NUR EINEN KLEINEN EINBLICK IN UNSERE ARBEIT GEBEN. KLICKEN SIE AUF DIE PORTRAITS DER MITGLIEDER DES ARBEITSKREISES, UM EINE LISTE DER JEWEILIGEN PARLAMENTARISCHEN INITIATIVEN ZU ERHALTEN.



Kerstin Geis, MdL



Karin Hartmann, MdL



Brigitte Hofmeyer, MdL



Uwe Frankenberger, MdL



Lothar Quanz, MdL



Turgut Yüksel, MdL

WAS WEIß DER KULTUSMINISTER ÜBERHAUPT?

UNTERRICHTSAUSFALL, QUALIFIKATION VON LEHRKRÄFTEN, KRANKHEITSTAGE VON LEHRKRÄFTEN

Auf Antrag der SPD hat der Hessische Landtag das Nicht-Wissen-Wollen des CDU-Kultusministers thematisiert. Einerseits behauptet „Minister Ahnungslos“ keine Daten zu Unterrichtsausfall zu erheben, andererseits sagte er in der Plenardebatte im Februar, es gebe keinen Unterrichtsausfall in Hessen. Die Berichte aber, die wir aus allen Schulformen, allen voran Grund- und Förderschulen sowie aus den beruflichen Schulen, erhalten, sprechen eine andere Sprache.

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Christoph Degen, sagte in seinem Redebeitrag: „Die Zeit der schwarzgrünen Realitätsverweigerung ist vorbei. 79 Prozent der Bürgerinnen und Bürger halten nach einer aktuellen Forsa-Umfrage Lehrermangel und Unterrichtsausfall für die größten Probleme in Hessen. Damit bricht das Kartenhaus von Minister Ahnungslos in sich zusammen.“

Die Umfrage zeige, wie wenig Regierungs-PR und Schulrealität miteinander zu tun hätten. Das „so gut wie heute war es noch nie“-Märchen glaube inzwischen niemand mehr. Mogelpackungen und vorgeschobene Ahnungslosigkeit könnten nicht überdecken, wie besorgniserregend die Situation in Hessen inzwischen ist. Fehlende Förderlehrkräfte, zu wenige Qualifizierungen für Vertretungskräfte, kein vernünftiges Gesundheitsmanagement, weil Daten zu Krankheitstagen überhaupt nicht erhoben wer-

den und ein enormer Sanierungsstau an Schulgebäuden sind die Realität an hessischen Schulen.

Die SPD fordert, mehr in die Lehreraus- und Fortbildung zu investieren, Qualifizierungsprogramme auszubauen, ein schulisches Gesundheitsmanagement auf den Weg zu bringen, wie viele andere Bundesländer einen Bildungsbericht vorzulegen und endlich das Kooperationsverbot im Bund aufzuheben, um Schulmodernisierung und Digitalisierung der Schulen voranzubringen.

Zum [Video](#) der Plenardebatte

Zur [Pressemitteilung](#): „**Minister Ahnungslos‘ – Offenbarungseid von Kultusminister Lorz zum Unterrichtsausfall**“

Zur [Pressemitteilung](#) : „**Schwarzgrüner Realitätsverlust in Bildungsfragen ist unerträglich**“

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend Unterrichtsausfall in Hessen

Unser [Antrag](#) betreffend Schluss mit Mogelpackungen und Nicht-Wissen-Wollen des hessischen Kultusministers

EINFLUSS AUF SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER DURCH WERBUNG

Berichten zufolge soll die Aktion „Helm auf“ eines überregional bekannten Möbelhauses jüngst an mehreren hessischen Schulen stattgefunden haben. Die Aktion wurde von einer Marketingagentur entwickelt. Im Rahmen der Aktion zur Verkehrssicherheit werden große Aufsteller mit Werbebanner aufgestellt. Den als Geschenk angebotenen Fahrradhelm (mit Fimenlogo) gibt es dann aber nur, wenn die Schülerinnen und Schüler sich diesen in einer Filiale des Möbelhauses abholen. In seinem Bericht zu diesem Thema gibt der Kultusminister – leider nicht öffentlich und somit wenig transparent – zu, dass die Aktion „Helm auf“ so nicht hätte stattfinden dürfen und gegen das gerade erst neu gefasste Werbeverbot im Schulgesetz verstößt.

Damit nicht jede Lehrkraft und Schulleitung immer wieder neu entscheiden muss, ob ein Material oder ein

Wettbewerb noch erlaubtes Sponsoring oder schon verbotene Werbung ist, fordern wir wie auch die GEW eine unabhängige Monitoringstelle, die unbürokratisch Materialien und Aktionen bewertet.

Zur [Pressemitteilung](#) : „**SPD fordert eine länderübergreifende Monitoringstelle**“

ABSCHLÜSSE VON SEITENEINSTEIGERINNEN UND SEITENEINSTEIGERN

Mit dem „InteA“-Programm bieten berufliche Schulen für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger Intensivmaßnahmen an. Wie die Antworten auf unsere Anfrage zeigen, fällt gut ein Drittel der beschulten Flüchtlinge jedoch durch die schulische Abschlussprüfung. Die hohe Durchfallquote macht deutlich, dass die Förderung bei weitem nicht ausreicht und die Rahmenbedingungen ungenügend sind. Dabei ist den Schulen kein Vorwurf zu machen, dort leisten engagierte Lehrkräfte und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen verdammt viel.

„Ein Kurs von zwei Jahren für jemanden, der zuvor keine Schule von innen gesehen hat und kaum ein Wort Deutsch spricht, greift viel zu kurz. So kann selbst der schlaueste Schüler kaum einen Hauptschulabschluss erreichen. Die Situation schön reden, nachdem gerade wieder

ein Brandbrief das Ministerium erreicht hat, zeigt, wie absurd Schwarz-Grün regiert“, so Degen.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend **Abschlüsse im Rahmen des InteA-Programms**

Zur [Pressemitteilung](#) „Landesregierung versagt bei der Flüchtlingsbeschulung“

Zur [Pressemitteilung](#) „Schulischer Integrationsplan greift viel zu kurz“

.....

LEHRERNOTSTAND DAUERT AN!

Der Lehrermangel dauert an. Besonders betroffen sind Grund- und Förderschulen sowie berufliche Schulen. Beispielsweise nur 78 Prozent der an Förderschulen und in der inklusiven Beschulung eingesetzten Lehrkräfte verfügen über das entsprechende Lehramt. „Das sind die denkbar schlechtesten Rahmenbedingungen für den Ausbau der inklusiven Beschulung. Seit Jahren hat die Landesregierung versäumt, rechtzeitig entsprechende Lehrkräfte auszubilden. Keine einzige neue Stelle kann mit Fachpersonal besetzt werden. Dabei sind die Anforderungen an Diagnostik und Binnendifferenzierung in diesem pädagogischen Feld besonders hoch. Die Landesregierung spart auf Kosten der Schwächsten“, so Christoph Degen. Ein Berichts Antrag zum Lehrermangel an beruflichen Schulen befindet sich noch im Geschäftsgang.

Auf unsere Initiative hin schrieb der Kultusminister kürzlich Lehrkräfte in Teilzeit an, ob sie nicht bereit seien ihre Stundenzahl zu erhöhen. „Dort liegt viel Potential an qualifizierten Kräften. Alleine eine Erhöhung von zwei Wochenstunden bei allen Grundschullehrkräften in Teilzeit würde mehr als 500 Vollzeitäquivalente generieren, so die Antwort auf unsere Anfrage. Allerdings braucht es statt warmer Worte echte Anreize und eine faire Bezahlung sowie Unterstützung in bestimmten Lebenslagen, um diejenigen, die aus guten Gründen ihre Stunden reduziert haben, zu einer Erhöhung zu bewegen“, so Christoph Degen.

Hilfreiche Informationen für angehende Pensionäre oder solche, die schon in Pension sind, und sich eine Weiter- oder Wiederbeschäftigung vorstellen können, haben wir ebenfalls in einer Anfrage zusammengestellt.

Die geringe Flexibilität passgenauer Weiterbildungen für Personen, die noch über kein Lehramt verfügen, anzubieten, zeigt sich in den Antworten auf unsere Anfrage zu Qualifizierungen von Personen ohne Lehramt. Die SPD fordert einerseits pädagogische Grundqualifikationen für alle Vertretungskräfte, die mit Unterrichtserlaubnis arbeiten sowie Perspektiven und Weiterbildungen für alle, die unter Wahrung des professionellen Anspruchs an den Lehrerberuf eine echte Lehrbefähigung erreichen können.

Zur [Pressemitteilung](#) „Lehrernotstand blockiert Ausbau der inklusiven Beschulung“

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend **Weiterbeschäftigung von pensionierten Lehrkräften**

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend **Qualifizierung von Personen ohne Lehramtsstudium für den Unterricht an hessischen Schulen**

Zu unserer [Kleinen Anfrage](#) betreffend **Teilzeitbeschäftigung von Lehrkräften an Grund- und Förderschulen**

SCHULBAU UND SANIERUNGSBEDARF IN HESSEN

Schulbau und Schulunterhaltungsmaßnahmen zählen ebenso wie die Ausstattung mit Sachmitteln zu den Maßnahmen der äußeren Schulverwaltung, die von den Schulträgern aufzubringen sind. Dennoch muss unserer Meinung nach das Land einen Überblick haben, wie die baulichen Voraussetzungen und die Sanierungsbedarfe an hessischen Schulen sind, wenn es wirklich will, dass Projekte wie ganztägiges Lernen und inklusiver Unterricht auch gut vor Ort umgesetzt werden können. Aus diesem Grund wollten wir durch unsere Kleine Anfrage feststellen, ob die Landesregierung Erkenntnisse über den Investitionsbedarf für Sanierung, Neubau und Erweiterung im Bereich von Schulen und Schulsportstätten in den kommenden zehn Jahren hat. Nur so können Unterstützungs-

programme effektiv aufgestellt werden anstatt im Nebel zu stochern. Die Antwort leider wieder: Ahnungslosigkeit.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Schulbau und Schulsanierungsbedarf in Hessen



POLITISCHE BILDUNG AN BERUFLICHEN SCHULEN

Demokratie ist die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. Aber bereiten wir Schülerinnen und Schüler auf diese Rolle genügend vor? Politische Zusammenhänge zu verstehen, wird immer schwieriger, zumal politische Entscheidungen zunehmend auf supranationaler Ebene getroffen werden. Wir haben speziell zu den beruflichen Schulen eine Anfrage gestellt. Das Ergebnis ist erschreckend. Nicht nur, dass zum Teil noch mit einem Lehrplan aus den 60er Jahren gearbeitet werden muss, auch der Anteil des fachfremden Unterrichts in diesem sensiblen Bereich ist nicht akzeptabel.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend politische Bildung an beruflichen Schulen

Zur [Pressemitteilung](#) „Schwarz-Grün vernachlässigt politische Bildung an beruflichen Schulen“



GRUNDSCHULEN STÄRKEN!

Ein weiterer Beleg für die Realitätsferne der Landesregierung zeigt sich darin, dass sie erst einen Praxisbeirat Grundschule gründen musste, um Ideen zur Stärkung der Grundschulen zu sammeln. Nur dumm, dass die gleiche Landesregierung erst vor wenigen Jahren 140 Stellen an Grundschulen durch den Abbau der Differenzierungszulage gestrichen hat.

Unsere Forderung nach der Besoldung der Grundschullehrkräfte nach A13 hat er leider noch nicht übernommen.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Beteiligung am Praxisbeirat Grundschule

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Konrektoren für Grundschulen

Im Dezember 2017 kündigte „Minister Ahnungslos“ an, dass es künftig mehr Konrektorenstellen an Grundschulen geben soll. Durch unsere Kleine Anfrage wollten wir wissen, wie sich diese richtige Maßnahme konkret gestaltet.

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG UND GLOBALES LERNEN

Für Schülerinnen und Schüler müssen globale Zusammenhänge verständlich unterrichtet und vermittelt werden. Da diese Themen nicht selten sehr komplex sind, ermöglichen Schulpartnerschaften mit Ländern des globalen Südens diese greifbarer zu machen und persönliche Bezüge herzustellen. Durch unsere Kleine Anfrage wollten wir unter anderem feststellen, welche Förderprogramme es zur Förderung von internationalen Schulpartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens gibt.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Ländern angeboten, zur Umsetzung des Orientierungsrahmens Globales Lernen Mittel für eine Landeskoordination bereitzustellen. Leider

wurde diese Stelle in Hessen noch immer nicht eingerichtet.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend **Schul austausch und Schulpartnerschaften mit Ländern des Globalen Südens**

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend **Umsetzung des Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung**

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend **Weltaktionstag „Bildung für nachhaltige Entwicklung“**

LANDESREGIERUNG HAT DIGITALE BILDUNG VERSCHLAFEN

Smartphones und Laptops bestimmten seit Jahren den Alltag von Kindern und Jugendlichen und seien unerlässlich für eine Vorbereitung auf die spätere Arbeitswelt. Doch in den hessischen Schulen, in denen die Grundlagen gelegt werden müssten, herrsche in diesem Hinblick Kreidezeit. Die Landesregierung müsse digitale Bildung endlich als zentralen Schlüssel zur Teilhabe an einer digitalisierten Welt begreifen. Die Gefahren dieser verschlafenen Entwicklung seien immens, daher müsse man Schülerin-

nen und Schuler in die Lage versetzen, Medien zu verstehen, zu beherrschen, zu verwenden, zu gestalten und zu bewerten, so Kerstin Geis.

Zum [Video](#) der Plenardebatte

Unsere [Pressemitteilung](#) „Landesregierung hat digitale Bildung verschlafen“

ETHIKUNTERRICHT IN HESSEN

Ethik ist Pflichtfach in allen Schulformen und mit Ausnahme der Grundschulen flächendeckend in allen Bildungsgängen an hessischen Schulen als Fach eingeführt. Die Einführung von Ethik in der Grundschule regelt die Verordnung über den Ethikunterricht vom 1. August 2016 (ABl. S. 428). Für Grundschulen gelten Übergangsregelungen. Trotz dieser Regelung gibt es noch sehr viele Schulen

ohne Ethikpflichtunterricht. Aus der Antwort auf unsere Kleine Anfrage geht auch hervor, dass an sechs Standorten die Ausbildung zur Lehrkraft im Fach Ethik erfolgen kann.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend **Ethikunterricht in Hessen**

SOZIALPÄDAGOGISCHE FACHKRÄFTE AN GRUNDSCHULEN

Der Presseinformation des Hessischen Kultusministeriums war zu entnehmen, dass das Ministerium die Einstellung von rund 400 sozialpädagogischen Fachkräften an rund 700 Grundschulen plant. Ebenfalls war der Presse zu entnehmen, dass diese Stellen seit dem 1. Februar 2018 bereitstehen und davon auf den Schulamtsbezirk Kassel 33,5 Stellen an 65 Schulen entfallen.

Laut der Antwort des Kultusministers sei die Stellenausschreibungen im Schulamtsbezirk Kassel sukzessive vorgenommen worden und sämtliche Bewerbungsfristen seien beendet.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend **sozialpädagogische Fachkräfte an Grundschulen im Schulamtsbezirk Kassel**

FÖRDERMITTEL FÜR PROJEKTE DES WEITERBILDUNGSPAKTES

Im Rahmen des Weiterbildungspaktes für die Jahre 2017 bis 2020 stellt das Land Hessen bei einem Gesamtvolumen von 12 Mio. € ab dem 1. Januar 2018 6 Mio. € bereit. Zwischen 2018 und 2020 sollen Weiterbildungsprojekte in 19 Handlungsfeldern mit einer Laufzeit von bis zu drei Jahren unterstützt werden.

Die Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln des Weiterbildungspaktes wurden vom Kultusministerium fest-

gelegt. Die Höhe der Fördermittel für das jeweilige Projekt ergibt sich aus der im jeweiligen Finanzierungsplan dargestellten Gesamtfinanzierung und aus den jährlich zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Unsere [Kleine Anfrage](#) betreffend Vergabe von Fördermitteln für Projekte des Weiterbildungspaktes für die Jahre 2017 bis 2020

ENQUETEKOMMISSION BILDUNG EINIGT SICH AUF GEMEINSAMEN BERICHT

Die Fraktionen im Hessischen Landtag haben zum Abschluss der Enquetekommission Bildung einen gemeinsamen Bericht verabschiedet. Der SPD-Obmann Gerhard Merz nannte am Mittwoch das einstimmig verabschiedete 213 Seiten starke Papier ein „gutes Drehbuch für bessere Bildung“.

Die Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen - Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“ war 2014 auf Antrag der SPD-Fraktion einberufen worden.

Große Gemeinsamkeiten habe es etwa bei Fragen der Lehrerbildung, bei der Beschulung von Flüchtlingskindern und beim Umgang mit sexuellem Missbrauch an Schulen oder Kitas gegeben, sagte Merz. Lehrern und Erziehern sollten landesweit mehr Hilfen an die Hand gegeben werden, was sie im Falle eines Missbrauchs-Verdachts tun können. Bei der Aus- und Fortbildung von Lehrern seien sich die Fraktionen einig gewesen, dass die neuen sozialen Medien stärker in den Fokus rücken müssen. Uneinigkeit habe es dagegen unter anderem in der Frage gegeben, ob behinderte Kinder einen Rechtsanspruch auf einen gemeinsamen Unterricht mit nicht-behinderten Mitschülern haben. Zu einem hessischen Bildungsgipfel 2015 hatte es kein gemeinsames Abschlussdokument gegeben.

Zur [Pressemitteilung](#) „Enquetekommission schreibt gutes Drehbuch für bessere Bildung in Hessen“

Zum [Abschlussbericht](#) der Enquetekommission „Kein Kind zurücklassen - Rahmenbedingungen, Chancen und Zukunft schulischer Bildung in Hessen“

Zur [Pressemitteilung](#) „Positive Rückmeldungen sind Ansporn die Ergebnisse in Regierungsverantwortung umzusetzen“

Zusätzlich können Sie die schriftliche Stellungnahme des LEB bei [uns](#) erhalten.



Gerhard Merz (SPD-Obmann)

TERMINE

8. Mai 2018, ab 17:30 Uhr

Bildungsurlaub, damit sich in den Köpfen was bewegt! Stellenwert der politischen Bildung, gemeinsame Veranstaltung des DGB-Bildungswerk Hessen e.V. und der SPD-Landtagsfraktion

14. Juni 2018, 14:30 Uhr

Öffentliche Anhörung zur Arbeitsbelastung von Schulleitungen in Hessen. Gemeinsame Veranstaltung von FDP-Landtagsfraktion und SPD-Landtagsfraktion

NACHGEFRAGT - MÜNDLICHE FRAGEN

IN DER REGELMÄßIG STATTFINDENDEN FRAGESTUNDE IM PLENUM KÖNNEN ABGEORDNETE KURZE MÜNDLICHE FRAGEN AN DIE LANDESREGIERUNG STELLEN. DIESE WERDEN SOFORT BEANTWORTET.

Frage des Abg. Degen:

„Ab wann gedenkt sie in welchem Umfang die Anzahl der Ausbilderinnen und Ausbilder an den Studienseminaren GHRF zu erhöhen, um dort die notwendigen Ausbildungskapazitäten zur Bekämpfung des Lehrermangels zu schaffen?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Degen, wir werden uns in der Erhöhung der Anzahl der Ausbilderinnen und Ausbilder selbstverständlich auch zeitlich an die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten anpassen. Das bedeutet im Einzelnen: Zum 01.05.2018 wird die Anzahl der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst an den Seminaren für Grund-, Haupt-, Real und Förderschulen um 100 erhöht, und diese Erhöhung der Ausbildungskapazität soll auch zu den nächsten drei Einstellungsterminen in den Jahren 2018 und 2019 erfolgen. Sie dient zur Erhöhung der Ausbildungskapazität im Haupt- und Realschulbereich. Da wir im Grund- und Förderschulbereich schon seit Jahren alle Bewerberinnen und Bewerber einstellen und dies auch in den kommenden Jahren tun werden, ist dort derzeit keine Ausweitung der Kapazitäten erforderlich. Infolgedessen wird die Kapazität der Ausbilderinnen und Ausbilder bzw. der Ausbildungsbeauftragten ebenfalls und zeitgleich sukzessive erhöht werden.“

Frage des Abg. Degen:

„Zu welchen Zeitpunkten beabsichtigt sie über die Besetzung der neuen 20 Stellen für pädagogische Mitarbeitende, die als stellenwirksame Abordnungen ans Hessische Kultusministerium geplant sind, jeweils zu entscheiden?“

Antwort der Landesregierung:

„Herr Abg. Degen, die Ausschreibungen für die fraglichen Stellen der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind seit dem 2. Februar 2018 öffentlich auf der Seite des Hessischen Kultusministeriums erfolgt. Ausgeschrieben worden sind zehn Stellen mit Abordnungsbeginn zum neuen Schuljahr, also zum 1. August 2018, und zehn Stellen mit Abordnungsbeginn zum nächsten Halbjahresbeginn, d.h. zum 1. Februar 2019. Die konkreten Einzelfallentscheidungen zur Auswahl einer Lehrkraft für jede Abordnungsstelle sind natürlich von mehreren Faktoren abhängig. Das fängt beim endgültigen Eingang der Bewerbungen an, geht über die Anlassbeurteilungen, betrifft die Terminierung der Auswahlgespräche und die Bewerberlage und reicht bis zur Fertigung der entsprechenden Auswahlvermerke. Deswegen gibt es hier keinen allgemeinen Entscheidungszeitpunkt, sondern die Entscheidung wird im jeweiligen Fall getroffen, wenn die Entscheidungsreife erreicht ist, natürlich mit dem Ziel, zehn Stellen zum 1. August und weitere zehn Stellen zum 1. Februar 2019 zu besetzen.“

Frage des Abg. Degen:

„Mit welcher Erfahrungsstufe werden Lehrkräfte eingruppiert, die sich aufgrund des Lehrkräftemangels bereit erklären, im Rahmen eines TV-H-Vertrags weiter zu unterrichten?“

Antwort der Landesregierung:

„(...) Ich habe mich in diesem Jahr mit meinem Schreiben vom 12. Januar 2018 persönlich an Lehrkräfte im Ruhestand gewandt, um sie für einen Einsatz im Grund- und Förderschulbereich zu gewinnen. Ich habe darin den Lehrkräften mitgeteilt, dass für ihren Einsatz an einer Grund- oder Förderschule ein befristeter Arbeitsvertrag nach dem TV-H abgeschlossen wird. Weiterhin habe ich ihnen als finanziellen Anreiz in Aussicht gestellt, dass gemäß § 16 Abs. 5 TV-H abweichend von der tarifvertraglichen Einstufung ein bis zu zwei Stufen höheres Entgelt vorweg gewährt werden kann. In diesem Sinne sind die Staatlichen Schulämter bereits letztes Jahr angewiesen worden – diese Anweisung hat auch weiterhin Gültigkeit –, den Beschäftigten im Rahmen dieser Zulage nach § 16 Abs. 5 TV-H einheitlich ein um zwei Stufen höheres Entgelt als Festbetrag vorweg zu gewähren (...).“

Frage der Abg. Geis:

„Trifft es zu, dass ein nicht veröffentlichter Entwurf vom 24. Juli 2017 für den Wandererlass vorliegt, in welchem die Reisekostenpauschalen erhöht werden sollen?“

Antwort der Landesregierung:

„Ja, Frau Abg. Geis, das trifft zu.“

Zusatzfrage des Abg. Schmitt:

„Will der Kultusminister auch die finanzielle Obergrenze für Schulfahrten anheben? Wann beantwortet die Landesregierung endlich eine diesbezügliche Anfrage per Mail von Herrn Matthias S.?“

Antwort der Landesregierung:

„Die Anfrage per Mail von Herrn Matthias S. sagt mir jetzt, ehrlich gesagt, überhaupt nichts. Da bitte ich also um Nachsicht. Der Sinn und Zweck der beabsichtigten Änderung des Wandererlasses liegt in der Tat darin, die Erstattungsbeträge bzw. die Aufwandspauschalen für Schulfahrten an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen.“

NACHLESE

FRÜHLINGSEMPFANG DER SPD-FRAKTION



Von links nach rechts: LEB Vorsitzender Rainer Pilz, Hannah Kriebel (Stv. Landesschulsprecherin), Christoph Degen und Fabian Pflume (Landesschulsprecher)



Der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel sprach vor den Gästen über die Kernthemen des diesjährigen Wahlkampfes: Bezahlbares Wohnen, Mobilität in Stadt und Land und Bildungsgerichtigkeit seien besonders wichtig, sagte Fraktions- und Parteichef Thorsten Schäfer-Gümbel.



Von links nach rechts: Stefan Haid (Stv. Vorsitzender Arbeitskreis der Direktorinnen und Direktoren Hessischer Gesamtschulen), Maike Wiedwald (GEW Vorsitzende), Christoph Degen und Thomas Schwarze (Vorsitzender des Arbeitskreises der Direktorinnen und Direktoren Hess. Gesamtschulen)

SIE HABEN DIESEN NEWSLETTER NUR AUF UMWEGEN ERHALTEN UND MÖCHTEN IHN DIREKT BEZIEHEN? SCHICKEN SIE UNS EINFACH EINE KURZE [E-MAIL](#).

SPD-Landtagsfraktion

Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Postfach 3240, 65022 Wiesbaden
Tel: +49 611 350-519
Fax: +49 611 350-511

Gert-Uwe Mende, V.i.S.d.P
Karina Sofie Glaum
Martina Häusl-David
Gerfried Zluga-Buck
Abgeordnetenportraits: © SPD-Fraktion
Fotos: S.6, S.8 : SPD-Landtagsfraktion